



Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

42. Sitzung (öffentlich)

12. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:00 Uhr bis 09:30 Uhr

Vorsitz: Marlies Stotz - Stellv. (SPD)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Seite

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

1

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (Ergänzung)

Vorlagen 13/2428 und 13/2415

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder
Kapitel 05 050 und 54./55. Landesjugendplan
2004/2005

Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und
Familie
Kapitel 11 050 (außer Titelgruppe 90)

Der Ausschuss führt die Einzelberatung der Haushaltsansätze in den Einzelplänen 05 und 11 in seinem Zuständigkeitsbereich durch und verständigt sich auf das weitere Beratungsverfahren.

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (Ergänzung)
Vorlagen 13/2428 und 13/2415

- Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder
Kapitel 05 050 und 54./55. Landesjugendplan 2004/2005
- Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie
Kapitel 11 050 (außer Titelgruppe 90)

Die **stellvertretende Ausschussvorsitzende Marlies Stotz** begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie die übrigen Anwesenden und skizziert das bisherige Beratungsverfahren.

Sodann wendet sich der **Ausschuss der Detailberatung des Einzelplans 05, Ministerium für Schule, Jugend und Kinder**, in den ihn betreffenden Teilen zu:

Christian Lindner (FDP) kommt auf die Zuweisungen für Sprachförderung und sonstige Fördermaßnahmen zu sprechen. Vorgesehen sei, den Ansatz für die Personalkostenzuschüsse für Fachberater im Jahr 2005 signifikant abzusenken. Womit begründe die Landesregierung diesen Schritt?

Stichwort "Sprachförderung": Wie verteilen sich Mittel auf die zusätzlichen Anteile für Ergänzungskräfte und Sprachpädagogen?

Jutta Appelt (CDU) möchte wissen, ob die Förderrichtlinien geändert würden und wann dies gegebenenfalls der Fall sein werde?

Abteilungsleiter Schäfer (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder) antwortet, die LJP-Förderrichtlinien müssten nicht geändert werden. Das Haus sei dabei, die Richtlinien zu flexibilisieren, damit die Personal- und Sachkostenanteile variabel gestaltet werden könnten. Insbesondere betroffen seien die Zuweisungen an die großen Träger. Im Projektbereich müsse man noch im Detail ermitteln, wie hoch die Fördersummen angesetzt werden könnten. Dennoch gelte als Maxime eine möglichst flexible und unbürokratische Handhabung. Vorgaben, die die Träger einengten, sollten über Ausnahmeregelungen abgefedert werden. Im Haushaltsvollzug entscheide sich, ob neue Richtlinien erforderlich würden. Dazu würden die Träger angehört.

Mittel für die Sprachförderung würden bezogen auf die Kindergartenarbeit vergeben, und zwar insbesondere im 3. Kindergartenjahr. Dort sei je Gruppe gefördert und die Fachkraft finanziert worden. Außerdem gebe es die Ebene der direkten vorschulischen Arbeit, die sich am Anmeldeverfahren der Kinder an den jeweiligen Schulen orientiere. Finanzierungen pro Gruppe in Höhe von 1.514 € seien vorgesehen. Wer letztendlich die Förderprogramme durchführe, werde von der jeweiligen Kommune entschieden.

Bisher würden 124 Fachberater mit einem Anteil von 15 % bei den freien Trägern gefördert. Die vorgeschlagenen Kürzungen gingen auf die Vorgabe zurück, dass sowohl im Personal- wie im Sachkostenbereich Einsparungen vorzunehmen seien.

Zur Förderung der offenen Jugendarbeit im LJP möchte **Christian Lindner (FDP)** wissen, in welchem prozentualen Umfang die Mittelförderung zurückgefahren werden solle, und zwar gemessen am Gesamtumfang der offenen Jugendarbeit.

Abteilungsleiter Schäfer (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder) teilt mit, in Bezug auf den Stellenwert und den Umfang der Landesmittel gehe es um rund 21 % der Gesamtfördersumme. Davon reduziert würden 40 bzw. 60 %. Zu den weiteren Mitteln könne er keine präzisen Angaben machen, weil die Höhe der Eigenmittel der Träger nicht bekannt sei und welche Zuweisungen die Kommunen im Einzelfall leisteten.

Gebe es, fragt **Christian Lindner (FDP)** nach, noch die Förderung für das Pro Kids-Büro in Herten? Wo sei diese Förderung gegebenenfalls etatisiert?

Abteilungsleiter Schäfer (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder) führt aus, die Förderung für Pro Kids sei nie als einrichtungsbezogene Förderung ausgewiesen worden, sondern in der Titelgruppe zum Thema "Politik für Kinder" im Zusammenhang mit projektbezogenen Arbeiten. Pro Kids habe für das Haus Workshops organisiert. Ergänzende Förderungen seien im Einzelfall bei Partizipationsansätzen immer möglich gewesen.

StS Schulz-Vanheyden (MSJK) ergänzt, ausweislich des Erläuterungsbandes (siehe Seite 51) werde offensichtlich, dass es keine Reduzierung des Ansatzes in der betreffenden Titelgruppe gebe.

Aus dem **Ausschuss** gibt es keine weiteren Nachfragen zu den ausschussrelevanten Bereichen des Einzelplans 05.

Der Ausschuss wendet sich sodann den Nachfragen zum **Einzelplan 11** in den ihn betreffenden Positionen zu:

In Gesprächen mit den Ehe-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen, so **Jutta Appelt (CDU)**, sei ihr die Sorge mitgeteilt worden, dass Personal reduziert werden müsse und die Einrichtungen den Förderrichtlinien nicht mehr genügten. Seien - gegebenenfalls: Wann? - Änderungen geplant?

MDgt Dr. Harms antwortet, dass MGSFF verhandle derzeit mit dem Ziel, die Richtlinien zum Zwecke der Flexibilisierung und Verwaltungsmodernisierung auslaufen zu lassen. Bessere Lösungen ließen sich wohl auch ohne Richtlinien finden.

Christian Lindner (FDP) möchte wissen, ob die Landesregierung die Flexibilisierung auch dann beibehalten werde, wenn der Haushaltsgesetzgeber Verbesserungen gegenüber dem Entwurf vorsehe.

MDgt Dr. Harms macht auf den noch nicht abgeschlossenen Diskussionsprozess mit den Trägern aufmerksam. Er, Dr. Harms, gehe bei der vom Ministerium ins Auge gefassten Lösung von größeren Spielräumen für die Träger aus. Im Mittelpunkt müsse die Sicherung der Qualitätsstandards stehen. Erste Signale aus der Trägerlandschaft zeigten, dass sie auch mit abgesenkten Ansätzen gut leben könnten.

Der **Ausschuss** hat keinen weiteren Fragebedarf zum Einzelplan 11 in den ihn betreffenden Positionen.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Marlies Stotz weist sodann darauf hin, dass die Änderungsanträge der Fraktionen in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 8. Januar abgestimmt würden. Sie bitte um rechtzeitige Vorlage.

gez. Marlies Stotz
stellv. Vorsitzende